



Institute for  
Freedom of Faith  
& Security in Europe

Media Coverage  
6 December 2021

---

# Index

<b>IFFSE Discussion on Afghanistan</b> .....	<b>3</b>
Jüdische Allgemeine - 2021/11/04 .....	4
KNA - 2021/11/16 .....	11
Qantara - 2021/11/16 .....	12
Islamische Zeitung - 2021/11/17 .....	14
The Jewish Weekly - 2021/11/18 .....	16
Der Hauptstadtbrief - 2021/11/21 .....	17
Die Rheinpfalz - 2021/11/23 .....	21
<b>IFFSE Study on Pandemic Hate</b> .....	<b>22</b>
NWZ Online - 2021/11/04 .....	23

## IFFSE Discussion on Afghanistan

---

<https://www.juedische-allgemeine.de/politik/die-gefahr-ist-nicht-gebannt/>

PETER R. NEUMANN

## »Die Gefahr ist nicht gebannt«



»Man schaut immer nur auf die Bedrohung, die einem gerade am größten erscheint, also auf den letzten Anschlag, der verübt wurde«: Peter R. Neumann

Foto: picture alliance/dpa

**Der Terrorismusforscher über wachsenden Antisemitismus, die Entwicklung hin zu einem Extremismus der Mitte und die islamistische Bedrohung in Europa**

von Michael Thaidigsmann  
© 04.11.2021 14:12 Uhr

<https://www.juedische-allgemeine.de/politik/die-gefahr-ist-nicht-gebannt/>

**Herr Neumann, vor ein paar Jahren verübten Dschihadisten in Europa zahlreiche Terroranschläge, auch auf jüdische Ziele. Wo stehen wir heute?**

Zwei Dinge haben sich seitdem verändert: Erstens ist die Terrorismusbekämpfung besser geworden. 2013/14 waren viele europäische Sicherheitsbehörden noch überrascht von der Existenz dieser Netzwerke. Inzwischen sind sie durchschaut und größtenteils auch ausgehoben. Es ist heute nicht mehr so einfach, über Monate im Voraus einen großen Anschlag zu organisieren, an dem viele Leute beteiligt sind. Zweitens existiert der IS nicht mehr, zumindest nicht in Syrien und im Irak. Das Projekt eines Kalifats entfacht nicht mehr dieselbe Anziehungskraft wie vor ein paar Jahren. Enthusiasmus und Begeisterung bei den Dschihadisten sind gesunken, und seitdem sind auch relativ wenige neue Leute dazugestoßen.

**Ist die Gefahr also gebannt?**

Nein, aber sie ist geringer geworden. Die Szene ist nicht mehr expandiert. Heute kommt die Gefahr in erster Linie von Einzeltätern, die damals radikalisiert wurden. Das sind Personen, die seit längerem in dieser Szene sind, aber nicht mehr die Möglichkeit haben, sich in vorhandenen Strukturen ausbilden zu lassen. Sie sind dennoch gefährlich, wie wir jüngst in Frankreich, in Österreich und auch in Deutschland gesehen haben. Gerade für jüdische Einrichtungen besteht weiter die Gefahr, dass solche Einzeltäter versuchen, Anschläge durchzuführen.

**Sind die Sicherheitsbehörden besser gewappnet?**

Ja. Damals waren sie überfordert. 2011/12, nach der Ausschaltung von Osama bin Laden, dachte man, der islamistische Terrorismus und Al Qaida seien nun im Wesentlichen besiegt. Dann kam der Syrien-Konflikt, und plötzlich gab es da Tausende von Leuten, die in der salafistischen Szene auftauchten, nach Syrien reisen wollten und zu allem bereit waren. Die Sicherheitsbehörden hatten nicht die Kapazität, das zu durchdringen. Heute ist das anders. Es wurden Leute eingestellt, man hat mehr Befugnisse, und die islamistische Szene wird besser beobachtet. Aber man muss beim Terrorismus immer sehr vorsichtig sein mit Vorhersagen. Und es ist schwer zu verhindern, dass ein Einzelner sich ein Maschinengewehr besorgt und einen Anschlag verübt.

<https://www.juedische-allgemeine.de/politik/die-gefahr-ist-nicht-gebannt/>

**Was ist mit Gruppen wie der Hisbollah? Stellen die nicht auch eine Bedrohung dar?**

Momentan halte ich es für eher unwahrscheinlich, dass die Hisbollah in Europa Terroranschläge verüben wird. Das heißt aber nicht, dass von ihr langfristig keine Gefahr ausginge. Sie ist professionell organisiert und überall in Europa präsent, auch in Deutschland. Entscheidend ist aber die Frage: An welchem Punkt wird diese Struktur aktiviert? Sollte es zu einer scharfen Konfrontation mit dem Iran kommen, birgt die Präsenz der Hisbollah in den EU-Ländern eine Gefahr. Nur ist auch klar: Falls die Hisbollah morgen eine Synagoge angreift, wären die Behörden sofort hinter ihr her.

**Agieren die Europäer da nicht kurzfristig?**

Absolut. Man schaut immer nur auf die Bedrohung, die einem gerade am größten erscheint, also auf den letzten Anschlag, der verübt wurde. Dass sich das Regime im Iran in den letzten Jahren nicht zum Besseren verändert hat, wird auch gerne verdrängt.

**In welchen EU-Ländern sind jüdische Einrichtungen besonders bedroht?**

Die Gefahr erscheint mir dort besonders hoch, wo die Konflikte zwischen muslimischer Community einerseits und nichtmuslimischer Mehrheitsgesellschaft andererseits am größten sind, beispielsweise in Frankreich, wo ein rigoroser Laizismus verordnet wird, oder in Skandinavien. Leider sind die jüdischen Einrichtungen oft die ersten, die angegriffen werden. Wenn Juden zur Zielscheibe von Hass und Gewalt werden, ist das ein Indikator, dass etwas in der Gesellschaft nicht mehr funktioniert.

**Worin sehen Sie die Hauptursache für den wachsenden Antisemitismus: im Rechtsextremismus oder im Islamismus?**

Aktuell ist die rechte Gefahr die größere. Für die Gesamtgesellschaft, aber auch für Juden, sind beide strukturelle Gefahren, auch in den kommenden Jahrzehnten. Wir machen einen Fehler, wenn wir ständig das eine gegen das andere aufrechnen. Das verhindert, dass wir als Staat systematisch und nachhaltig in die Bekämpfung beider Bedrohungen investieren. Wenn wir nach jedem Anschlag sagen, dies oder jenes ist die größere Gefahr, dann setzen wir das in den letzten Jahren Erreichte aufs Spiel.

<https://www.juedische-allgemeine.de/politik/die-gefahr-ist-nicht-gebannt/>

**Wie erfolgreich waren die Investitionen bei Polizei und Verfassungsschutz in den letzten Jahren?**

Wir haben weniger Anschläge als noch 2015 oder 2016. Seitdem haben die Sicherheitsbehörden auch viele Anschläge verhindert. Damals haben Leute wie Hans-Georg Maaßen gewarnt, dass mit den Flüchtlingen auch sehr viele Dschihadisten nach Deutschland kommen würden. Im Großen und Ganzen hat sich das nicht bewahrheitet. Zwar gab es einige Vorfälle, aber viele weitere wurden eben verhindert. Das heißt nicht, dass Dschihadismus unter Flüchtlingen kein Problem gewesen wäre. Aber man hat sich damals schnell auf das Thema konzentriert und konnte deswegen einiges verhindern. Das Augenmerk auf den islamistischen Terrorismus zu lenken, war richtig.

**Aber wurde der Rechtsextremismus nicht unterschätzt?**

Sicherlich. Und es fehlten die Ressourcen, weil sie gegen die islamistische Bedrohung eingesetzt wurden. Man hätte die Sicherheitsbehörden insgesamt besser ausstatten müssen.

**Mit den Worten von Angela Merkel aus dem Jahr 2015 könnte man also sagen: »Wir haben das geschafft ...«?**

Was den Terrorismus angeht, wurde ich das schon damals gefragt. Ganz ehrlich, ich war mir damals nicht sicher, was die richtige Antwort ist. Wir wussten alle nicht, wer da kommen würde. Im Rückblick kann man aber sagen: Dass relativ wenig passiert ist, ist auch ein Resultat erfolgreicher Arbeit der deutschen Behörden. Vergleichen Sie das einmal mit Frankreich – Nizza, Charlie Hebdo, Hypercacher, Bataclan – oder mit Großbritannien und den Anschlägen in Manchester und London. Da steht Deutschland recht gut da – obwohl wir viel mehr Flüchtlinge aufgenommen haben als diese beiden Länder.

**Ist das nicht eher Zufall?**

Ich glaube nicht, auch wenn ich das nicht genau quantifizieren kann. Klar, wenn etwas passiert, heißt es schnell: Die Sicherheitsbehörden haben versagt. Aber das kann man so pauschal für Deutschland nicht sagen, im Gegenteil: Polizei und Verfassungsschutz haben sehr gute Arbeit geleistet. Es hätte viel mehr passieren können.

<https://www.juedische-allgemeine.de/politik/die-gefahr-ist-nicht-gebannt/>

**Sie haben Hans-Georg Maaßen angesprochen, der bis 2018**

**Verfassungsschutzpräsident war. Wie sehen Sie seine Rolle heute?**

Maaßen war auch schon in seiner Zeit als Präsident des Bundesamts für Verfassungsschutz ein Konservativer innerhalb der CDU, keine Frage. Ich hatte bei ihm aber nicht das Gefühl, er bewege sich außerhalb des Rahmens. Aber nachdem er sein Amt aufgeben musste, hat er sich klar radikalisiert und äußert seitdem Meinungen, die über das hinausgehen, was er sich jemals als Verfassungsschutzpräsident zu sagen getraut hätte.

**Nun scheint es gerade in Ostdeutschland ein großes Reservoir an rechtsradikal eingestellten Menschen zu geben. Was kann man tun?**

Ich habe keine perfekte Antwort. Das entscheidende Problem ist, dass in Ländern wie Sachsen oder Thüringen solches Denken zum Mainstream geworden ist. Es geht nicht mehr nur um ein paar Rechtsextreme, die sich in einer Kneipe treffen und dann eine Straftat begehen. Die AfD hat ja in Sachsen fast jeden Wahlkreis bei der Bundestagswahl gewonnen. Es ist jedenfalls eine riesige Herausforderung an uns alle. Als Terrorismusforscher beschäftige ich mich typischerweise mit Gruppen, die eher klein sind und an den Rändern der Gesellschaft stehen. Aber hier geht es um einen Extremismus der Mitte.

**Bedeutet das langfristig auch mehr Anschläge?**

Das kann schon sein. Wenn eine Gesellschaft sich polarisiert, extremistische Ansichten normalisiert werden und damit der Nährboden vorhanden ist, auf dem Hass auf Juden und andere Minderheiten wachsen kann, dann wird es einfacher, solche Taten durchzuführen. Das macht mir große Sorge. Es ist eine bedrohliche Entwicklung, dass dort nicht die Rechten die Outcasts sind, sondern jene, die Minderheiten wie Juden oder Muslime verteidigen.

**Sie waren in Armin Laschets Zukunftsteam für die Bundestagswahl. Was hat sich mit diesem Exkurs in die deutsche Politik verändert?**

Nicht viel, auch wenn ich in diesen vier Wochen natürlich eine Menge erlebt und etliche neue Leute kennengelernt habe. Es war sehr intensiv, ich habe viel Neues über Politik erfahren. Aber für mich persönlich hat sich im Prinzip nichts geändert. Ich habe meinen Job, den ich auch weitermachen werde. Einschneidender ist das natürlich für jene, die bei dieser Niederlage ihr Bundestagsmandat verloren haben.

<https://www.juedische-allgemeine.de/politik/die-gefahr-ist-nicht-gebannt/>

**Sie sind jetzt in Brüssel und bauen dort unter anderem das Institute for Freedom of Faith and Security in Europe (IFFSE) auf. Was sind die Ziele?**

Wir wollen europäische Entscheidungsträger darauf aufmerksam machen, dass religiöse Minderheiten in Europa besondere Bedürfnisse haben. Dazu gehört nicht nur die Sicherheit, sondern beispielsweise auch die Anerkennung von traditionellen Riten wie Beschneidung oder Schächten oder auch der religiösen Bekleidung.

**Hat die EU überhaupt noch ein Ohr für solche Anliegen?**

Viele in der EU haben Sympathie für die grundsätzlichen Anliegen religiöser Minderheiten. Niemand möchte, dass Synagogen angegriffen werden oder sich Leute gedrängt sehen auszuwandern. Aber jüdisches Leben in Europa ist mehr, als nur nicht getötet zu werden! Es bedeutet auch, dass du in deinem Land dein Kind beschneiden lassen darfst. Oder dass du koscheres Essen bekommen kannst. Selbst säkulare Juden legen Wert darauf, dass das beides möglich bleibt. Dafür haben europäische Politiker leider oft kein Gespür.

**Reagieren sie bei diesen Themen nicht einfach auf gewandelte Ansichten in der Gesamtbevölkerung?**

Hier wollen wir gegenhalten. Natürlich unter der Annahme, dass die meisten europäischen Politiker grundsätzlich für die Freiheit der Religionsausübung sind. Sie verstehen nur manchmal nicht, was das in der Konsequenz heißt. Wer will, dass Juden in Europa bleiben, der muss ihnen auch jüdisches Leben ermöglichen. So einfach ist das. Die extrem laizistische Einstellung, welche jede Art von Religiosität – sei es das Kopftuch oder die Kippa – aus dem öffentlichen Raum verbannen möchte, ist keine gute Entwicklung.

**Hat die Art, wie über dieses Thema diskutiert wird, zu einer Radikalisierung von Teilen der muslimischen Gemeinschaft geführt?**

Wie mittlerweile in Frankreich die Trennung von Staat und Religion propagiert wird, ist schon ziemlich extrem. Das hat zu einer Konfrontation, ja, fast zu einem Kulturkampf geführt. Man muss muslimischen Frauen nicht aus ideologischen Gründen das Tragen des Kopftuches in der Öffentlichkeit verbieten. Das wird beispielsweise in Deutschland viel pragmatischer gehandhabt – mit der Folge, dass wir solch extreme Konfrontationen wie in Frankreich bei uns nicht haben.

Publication: Jüdische Allgemeine  
Date: 4 November 2021  
Reach: N. A.

JÜDISCHE ALLGEMEINE

<https://www.juedische-allgemeine.de/politik/die-gefahr-ist-nicht-gebannt/>

**Wie gut läuft die europäische Sicherheitszusammenarbeit mit Israel?**

Sie ist gut und hilfreich. Niemand würde diese Kooperation missen wollen. Ich glaube auch, dass wir von Israel viel lernen können, was die Gesellschaftspolitik angeht. Die Art und Weise, wie dort mit dem Thema Islam umgegangen wird, ist viel normaler als bei uns. Das erste Mal, dass ich den Muezzinruf von einer Moschee gehört habe, war in Israel. Und das macht aus Israel ja nicht ein weniger jüdisches Land. Dort kann man lernen, etwas weniger aufgeregt zu sein.

*Mit dem Professor für Sicherheitsstudien am King's College London sprach Michael Thaidigsmann.*

**Publication: KNA**  
**Date: 16 November 2021**  
**Reach: N. A.**



Extremismus/Konflikte/Afghanistan/Islam

**(Wiederholung: vom Vorabend) (Zusammenfassung - 20.00 Uhr) Experten raten zur Zusammenarbeit mit Taliban und Nothilfe Von Christoph Schmidt (KNA)**

London (KNA) In Afghanistan sollte der Westen aus Sicht von Experten die humanitäre Hilfe für die notleidende Bevölkerung verstärken und dafür mit den Taliban zusammenarbeiten. Die Versorgungskrise in dem Land überlagere derzeit alle anderen Probleme und könnte der Terrorgruppe «Islamischer Staat Provinz Khorasan» (IS-K), den noch extremistischeren Gegnern der Taliban, in die Hände spielen, warnte Hassan Abbas, Professor an der National Defense University in Washington D.C. (Montag) bei einer Online-Diskussion. Die Taliban hätten daher großes Interesse an einer Zusammenarbeit mit der EU und seien anders als der IS-K keine terroristische Gefahr für den Westen.

Ähnlich äußerte sich Asfandyar Mir, Senior Expert am United States Institute of Peace in der US-Hauptstadt. Der Westen dürfe humanitäre Hilfe aber nicht als Instrument der Einflussnahme in Afghanistan einsetzen, so Mir bei der Veranstaltung, zu der das von der Konferenz der Europäischen Rabbiner (CER) initiierte Institute for Freedom of Faith and Security in Europe (IFFSE) mit Sitz in London eingeladen hatte. Aktive Hilfeleistung für die Menschen in Afghanistan müsse im Mittelpunkt stehen und sei der beste Rat für den Westen, meinte auch Tore Hamming, politischer Berater von Refslund Analytics aus Kopenhagen.

Mit Blick auf die politischen Kräfteverhältnisse in Afghanistan drei Monate nach dem Abzug der westlichen Truppen betonten die Experten eine wachsende Rivalität zwischen den Taliban und der mit diesen verbündeten Terrororganisation Al-Kaida einerseits sowie den islamistischen Terroristen des IS-K auf andererseits. Während Taliban und Al-Kaida vor allem den westlichen Einfluss in Afghanistan bzw. im Nahen und Mittleren Osten bekämpften, stünden der IS und sein afghanischer Ableger IS-K für einen globalen Dschihad. Insofern gehe von ihm größere Bedrohung für den Westen aus. Er rechne daher damit, so Mir, dass Afghanistan binnen ein oder zwei Jahren wieder zu einem Anlaufhafen für internationalen islamistischen Terrorismus werde.

Allerdings warnte Katherine Zimmerman, Fellow am American Enterprise Institute in Washington, auch vor der dominanten Rolle des sogenannten Haqqani-Netzwerks in der Taliban-Bewegung. Auch dort gebe es Bestrebungen für einen weltweiten «heiligen Krieg» zur Ausbreitung des Islam. Für diese Kräfte sei der Sieg über die westlichen Mächte in Afghanistan nur ein «Etappenschritt».

Experte Hassan Abbas verwies auf die sehr unterschiedliche Zusammensetzung der Taliban. Diese hätten sich seit den Terroranschlägen vom 11. September 2001 verändert. Neben alten Kämpfern seien rund zwei Drittel ihrer Mitglieder erst danach geboren. Zudem gebe es schlicht auch Drogenhändler, die aber wie Taliban aussähen und diesen zugerechnet würden. Insgesamt gebe es «fünf oder sechs Arten von Taliban», so der Wissenschaftler.

Der Oberrabbiner von Moskau und Präsident der Konferenz der Europäischen Rabbiner Pinchas Goldschmidt erklärte, in Afghanistan sei es einer «mittelalterlichen Gruppierung» gelungen, Großmächte zu besiegen. Nun komme es darauf an, dass die Extremisten von dort aus nicht in die Nachbarländer und darüber hinaus einsickerten und diese destabilisierten.

# KNA-Notizblock

<https://de.qantara.de/content/experten-raten-zur-zusammenarbeit-mit-taliban-und-nothilfe>

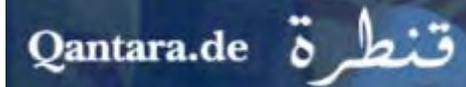
## Experten raten zur Zusammenarbeit mit Taliban und Nothilfe



**16.11.2021** – London. In **Afghanistan** sollte der Westen aus Sicht von Experten die **humanitäre Hilfe** für die notleidende Bevölkerung verstärken und dafür mit den **Taliban** zusammenarbeiten. Die Versorgungskrise in dem Land überlagere derzeit alle anderen Probleme und könnte der Terrorgruppe "Islamischer Staat Provinz Khorasan" (IS-K), den noch extremistischeren Gegnern der Taliban, in die Hände spielen, warnte Hassan Abbas, Professor an der National Defense University in Washington D.C. (Montag) bei einer Online-Diskussion. Die Taliban hätten daher großes Interesse an einer Zusammenarbeit mit der EU und seien anders als der IS-K keine terroristische Gefahr für den Westen.

Ähnlich äußerte sich Asfandiyar Mir, Senior Expert am United States Institute of Peace in der US-Hauptstadt. Der Westen dürfe humanitäre Hilfe aber nicht als Instrument der Einflussnahme in Afghanistan einsetzen, so Mir bei der Veranstaltung, zu der das von der Konferenz der Europäischen Rabbiner (CER) initiierte Institute for Freedom of Faith and Security in Europe (IFFSE) mit Sitz in London eingeladen hatte. Aktive Hilfeleistung für die Menschen in Afghanistan müsse im Mittelpunkt stehen und sei der beste Rat für den Westen, meinte auch Tore Hamming, politischer Berater von Refslund Analytics aus Kopenhagen.

Publication: Qantara  
Date: 16 November 2021  
Reach: N. A.



<https://de.qantara.de/content/experten-raten-zur-zusammenarbeit-mit-taliban-und-nothilfe>

Mit Blick auf die politischen Kräfteverhältnisse in Afghanistan **drei Monate nach dem Abzug der westlichen Truppen** betonten die Experten eine wachsende Rivalität zwischen den Taliban und der mit diesen verbündeten **Terrororganisation Al-Kaida** einerseits sowie den islamistischen Terroristen des IS-K auf andererseits. Während Taliban und Al-Kaida vor allem den westlichen Einfluss in Afghanistan bzw. im Nahen und Mittleren Osten bekämpften, stünden der IS und sein afghanischer Ableger IS-K für einen globalen Dschihad. Insofern gehe von ihm größere Bedrohung für den Westen aus. Er rechne daher damit, so Mir, dass Afghanistan binnen ein oder zwei Jahren wieder zu einem Anlaufhafen für internationalen islamistischen Terrorismus werde.

Allerdings warnte Katherine Zimmerman, Fellow am American Enterprise Institute in Washington, auch vor der dominanten Rolle des sogenannten Haqqani-Netzwerks in der Taliban-Bewegung. Auch dort gebe es Bestrebungen für einen weltweiten "heiligen Krieg" zur Ausbreitung des Islam. Für diese Kräfte sei der Sieg über die westlichen Mächte in Afghanistan nur ein "Etappenschritt".

Experte Hassan Abbas verwies auf die sehr unterschiedliche Zusammensetzung der Taliban. Diese hätten sich seit den **Terroranschlägen vom 11. September 2001** verändert. Neben alten Kämpfern seien rund zwei Drittel ihrer Mitglieder erst danach geboren. Zudem gebe es schlicht auch Drogenhändler, die aber wie Taliban aussähen und diesen zugerechnet würden. Insgesamt gebe es "fünf oder sechs Arten von Taliban", so der Wissenschaftler.

Der **Oberrabbiner von Moskau und Präsident der Konferenz der Europäischen Rabbiner Pinchas Goldschmidt** erklärte, in Afghanistan sei es einer "mittelalterlichen Gruppierung" gelungen, Großmächte zu besiegen. Nun komme es darauf an, dass die Extremisten von dort aus nicht in die Nachbarländer und darüber hinaus einsickerten und diese destabilisierten. (KNA)

<https://islamische-zeitung.de/experten-raten-zur-zusammenarbeit-mit-taliban-und-nothilfe/>

Afghanistan, Zentralasien

## Experten raten zur Zusammenarbeit mit Taliban und Nothilfe

17.11.2021

Christoph Schmidt



Foto: John Smith, Shutterstock

London (KNA). In Afghanistan sollte der Westen aus Sicht von Experten die humanitäre Hilfe für die notleidende Bevölkerung verstärken und dafür mit den Taliban zusammenarbeiten. Die Versorgungskrise in dem Land überlagere derzeit alle anderen Probleme und könnte der Terrorgruppe „Islamischer Staat Provinz Khorasan“ (IS-K), den noch extremistischeren Gegnern der Taliban, in die Hände spielen, warnte Hassan Abbas, Professor an der National Defense University in Washington D.C. (Montag) bei einer Online-Diskussion. Die Taliban hätten daher großes Interesse an einer Zusammenarbeit mit der EU und seien anders als der IS-K keine terroristische Gefahr für den Westen.

Ähnlich äußerte sich Asfandiyar Mir, Senior Expert am United States Institute of Peace in der US-Hauptstadt. Der Westen dürfe humanitäre Hilfe aber nicht als Instrument der Einflussnahme in Afghanistan einsetzen, so Mir bei der Veranstaltung, zu der das von der Konferenz der Europäischen Rabbiner (CER) initiierte Institute for Freedom of Faith and Security in Europe (IFFSE) mit Sitz in London eingeladen hatte. Aktive Hilfeleistung für die Menschen in Afghanistan müsse im Mittelpunkt stehen und sei der beste Rat für den Westen, meinte auch Tore Hamming, politischer Berater von Refslund Analytics aus Kopenhagen.

<https://islamische-zeitung.de/experten-raten-zur-zusammenarbeit-mit-taliban-und-nothilfe/>

Mit Blick auf die politischen Kräfteverhältnisse in Afghanistan drei Monate nach dem Abzug der westlichen Truppen betonten die Experten eine wachsende Rivalität zwischen den Taliban und der mit diesen verbündeten Terrororganisation Al-Qaida einerseits sowie den islamistischen Terroristen des IS-K auf andererseits. Während Taliban und Al-Qaida vor allem den westlichen Einfluss in Afghanistan bzw. im Nahen und Mittleren Osten bekämpften, stünden der IS und sein afghanischer Ableger IS-K für einen globalen Dschihad. Insofern gehe von ihm größere Bedrohung für den Westen aus. Er rechne daher damit, so Mir, dass Afghanistan binnen ein oder zwei Jahren wieder zu einem Anlaufhafen für internationalen islamistischen Terrorismus werde.

Allerdings warnte Katherine Zimmerman, Fellow am American Enterprise Institute in Washington, auch vor der dominanten Rolle des sogenannten Haqqani-Netzwerks in der Taliban-Bewegung. Auch dort gebe es Bestrebungen für einen weltweiten „heiligen Krieg“ zur Ausbreitung des Islam. Für diese Kräfte sei der Sieg über die westlichen Mächte in Afghanistan nur ein „Etappenschritt“.

Experte Hassan Abbas verwies auf die sehr unterschiedliche Zusammensetzung der Taliban. Diese hätten sich seit den Terroranschlägen vom 11. September 2001 verändert. Neben alten Kämpfern seien rund zwei Drittel ihrer Mitglieder erst danach geboren. Zudem gebe es schlicht auch Drogenhändler, die aber wie Taliban aussähen und diesen zugerechnet würden. Insgesamt gebe es „fünf oder sechs Arten von Taliban“, so der Wissenschaftler.

## IFFSE & CER hold Afghan-Taliban debate

The Institute for Freedom of Faith & Security in Europe (IFFSE) and Conference of European Rabbis held an online joint discussion on the Western withdrawal from Afghanistan and Taliban takeover.

Security expert and IFFSE Director Peter Neumann moderated the event. CER President, Moscow's Chief Rabbi Pinchas Goldschmidt, referred to the refugee situation on the Belarusian border.

The virtual debate focused on the relationship between the Taliban and al-Qaida, and amount the Islamic State benefits.

The debate pondered whether Afghanistan could become a "safe haven" for international terrorism.

An expert panel called for the West increase humanitarian aid in Afghanistan.

Professor Hassan Abbas, National Defense University, Washington DC, warned that a supply crisis could play into the

hands of terrorist group Islamic State Khorasan Province (IS-K).

Experts also stressed a growing rivalry between the Taliban and Al-Qaida.

According to Asfandyar Mir, United States Institute of Peace, Afghanistan could be a place of international Islamist terrorism within two years.

And Katherine Zimmerman, American Enterprise Institute in Washington, voiced concern that the Taliban's power could lead to conflict regions. There was a view the Taliban had changed since 9/11 as two-thirds of members were born since the global terrorist event.

Rabbi Goldschmidt concluded that in Afghanistan a "medieval grouping" had succeeded in defeating major powers.

It was important extremists did not destabilise neighbouring countries and beyond.

<https://www.derhauptstadtbrief.de/projektentwickler-arbeitstitel-terror/>

## ≡ DER HAUPTSTADTBRIEF



### Projektentwickler, Arbeitstitel Terror

Nach dem Abzug: Welche Gefahren  
gehen für den Westen von Afghanistan  
aus?

von [Name] | 21.11.2021

21  
11



Exit Kabul: Mit dem Abzug der US-Streitkräfte Ende August übernahmen die Taliban wieder die Macht in Afghanistan

Die Machtübernahme der Taliban in Afghanistan könnte innerhalb eines bis eineinhalb Jahren auch negative Konsequenzen für die Sicherheit in Europa haben – so die Schlussfolgerung einer Expertendiskussion des Instituts für Religionsfreiheit und Sicherheit in Europa (IFFSE). Das gelte vor allem für den sogenannten Islamischen Staat (IS), der in zwei Provinzen des Landes mittlerweile eine starke Präsenz aufgebaut habe. Auch die Terrorgruppe al-Qaida, die bereits vor zwei Jahrzehnten in Afghanistan Unterschlupf gefunden hatte, könnte wieder an Zulauf gewinnen.

Die Lage sei derzeit sehr unübersichtlich, so Hassan Abbas von der *National Defense University* in Washington. Von den Taliban, die Ende der 1990er-Jahre an der Macht waren, sei nur noch eine kleine Gruppe übrig. Die meisten der heutigen Mitglieder seien damals Kleinkinder oder noch nicht am Leben gewesen. Viele der lokalen Kommandeure, die das Erscheinungsbild der Gruppe vor Ort bestimmten, seien völlig unbekannt.

<https://www.derhauptstadtbrief.de/projektentwickler-arbeitstitel-terror/>

Weder der Westen noch die Nachbarstaaten verfügten derzeit über viel Einfluss, so Hassan. Selbst Katar, das die Taliban jahrelang unterstützt und ihre Präsenz in dem Golfstaat finanziert habe, sei relativ machtlos.

Die Teilnehmer der Diskussion identifizierten vier Entwicklungen, die Europa in den nächsten Jahren gefährlich werden könnten. Die unmittelbarste hiervon, so Asfandyar Mir, ein Südasienspezialist des *United States Institute for Peace*, sei die Propagandawirkung, die der Sieg der Taliban auf Dschihadisten in der ganzen Welt habe. Nach Jahren der Misserfolge und Stagnation gebe es jetzt wieder ein erfolgreiches „Staatsprojekt“, mit dem sich Dschihadisten identifizieren könnten. Durch die Bewegung gehe momentan „ein Ruck“, und dies könne zu mehr Anschlägen im Westen führen.

Die zweite Gefahr sind terroristische Auslandskämpfer, die nach dem Ende des sogenannten Kalifats in Syrien und im Irak jetzt einen neuen Anlaufpunkt bekommen könnten. Laut Mir gebe es in Afghanistan bereits eine kleine Zahl von westlichen und zentralasiatischen Auslandskämpfern, die meist zum IS gehörten. Ihre Zahl könnte in den nächsten Monaten und Jahren deutlich zunehmen, wenn es den Taliban nicht gelänge, den IS effektiv zu bekämpfen.

Eine dritte Gefahr ist, dass Afghanistan wieder zum Dreh- und Angelpunkt für die Operationen von al-Qaida wird. Genauso wie in den 1990er-Jahren, so Zimmerman, könnten die Taliban – und speziell das Haqqani-Netzwerk – der Gruppe Unterschlupf gewähren und ihr erlauben, von Afghanistan aus internationale Operationen – wie damals die Anschläge vom 11. September 2001 – vorzubereiten.

Klar sei allerdings auch, so der dänische Terrorismusexperte Tore Hamming, dass weder die Taliban noch al-Qaida derzeit Interesse daran hätten, das neugewonnene Rückzugsgebiet schnell wieder aufs Spiel zu setzen. Wenn überhaupt, dann sei die Bedrohung durch eine Allianz zwischen Taliban und al-Qaida eine langfristige.

<https://www.derhauptstadtbrief.de/projektentwickler-arbeitstitel-terror/>

Hinzu kommt, dass innerhalb der Gruppe ein Machtkampf tobe, so Hassan. Statt einer einzigen, in sich kohärenten Gruppe müssen man aktuell von „fünf oder sechs Taliban“ sprechen, die miteinander um Einfluss und Deutungshoheit kämpften. Die momentan wichtigste Fraktion sei das sogenannte Haqqani-Netzwerk, das für viele der tödlichsten Anschläge auf westliche Truppen in den vergangenen zwanzig Jahren verantwortlich war.

Laut Katherine Zimmerman, einer al-Qaida-Expertin des *American Enterprise Institute*, verfüge das Haqqani-Netzwerk über jahrzehntelange Beziehungen zu al-Qaida und stehe der internationalen Terrorgruppe ideologisch näher als der Rest der Taliban. Es sei deshalb unmöglich, klar zwischen den Taliban und al-Qaida zu trennen. Durch die Haqqanis, so Zimmerman, hätten die Taliban „eine ständige Verbindung zum internationalen Dschihad“.

Dies sei auch der Grund, weshalb der Westen in Verhandlungen mit den Taliban vorsichtig sein müsse. Die Taliban, mit denen westliche Diplomaten aktuell im arabischen Golfstaat Katar verhandeln, seien Vertreter der älteren und vergleichsweise gemäßigten Fraktion, so Hassan. Im internen Machtkampf sei diese Gruppe den Haqqanis unterlegen, was bedeute, dass ihr Einfluss innerhalb Afghanistans stark zurückgegangen sei.

Hassan meint, dies sei auch der Grund, weshalb der Westen bislang keinerlei Fortschritte erzielt habe. Die Taliban seien nicht dazu bereit, ihre Regierung durch Vertreter religiöser Minderheiten zu verbreitern oder die Rechte von Frauen zu garantieren. Und statt sich eindeutig vom al-Qaida und dem internationalen Terror zu distanzieren, hätten sie den Anführer der Haqqanis zum Innenminister gemacht.

<https://www.derhauptstadtbrief.de/projektentwickler-arbeitstitel-terror/>

Hamming glaubt, dass die größte Gefahr in Afghanistan vom IS ausgeht. Dieser sei in den letzten Monaten zu einer ernsthaften Bedrohung für die Macht der Taliban geworden. Seine Kämpfer seien frustrierte Mitglieder der Taliban, die viel Wissen über die Gruppe besäßen und erfolgreich dabei seien, überall im Land neue Strukturen aufzubauen. Der IS sei nicht nur die brutalste Terrorgruppe in Afghanistan, sondern auch diejenige, die am internationalsten orientiert sei. Für den IS insgesamt sei der Erfolg in Afghanistan von entscheidender Bedeutung.

Die Experten waren unterschiedlicher Meinung, ob dies bedeute, dass der Westen die Taliban beim Kampf gegen den IS unterstützen solle. Während Hamming argumentierte, dies sei dringend notwendig, um Gefahren vom Westen abzuwenden, wandte Zimmerman ein, dass die Taliban wegen ihrer Verbindungen zu al-Qaida in keiner Weise das „kleinere Übel“ seien.

Einigkeit bestand jedoch beim Thema humanitäre Hilfe. Die Versorgung mit Nahrung und lebenswichtigen Gütern sei aktuell katastrophal, so Hassan, dem Land drohe eine akute Hungersnot. Hilfe für Afghanistan sei keine humanitäre Geste oder Großzügigkeit, sondern eine Investition in die Sicherheit: Wer verhindern wolle, dass sich noch mehr verzweifelte, wütende junge Männer extremistischen Gruppen anschließen, müsse jetzt handeln.



**Peter R. Neumann**

Prof. Dr. Peter R. Neumann ist Professor für Sicherheitsstudien am King's College London und Direktor des Instituts für Religionsfreiheit und Sicherheit in Europa (IPFSE).

[https://www.rheinpfalz.de/politik\\_artikel,-jetzt-den-taliban-helfen-\\_arid,5282247.html?reduced=true](https://www.rheinpfalz.de/politik_artikel,-jetzt-den-taliban-helfen-_arid,5282247.html?reduced=true)

AFGHANISTAN

## R Plus Jetzt den Taliban helfen?



Die Taliban eroberten im August die Macht in Kabul.

Foto: dpa



Ilja Alexander Tüchter

Dienstag, 23. November 2021 - 14:15 Uhr

**Gut ein Vierteljahr sind die radikalislamischen Taliban die neuen Herren von Kabul. Die USA haben nach zwei Jahrzehnten am Hindukusch ihre letzten Truppen abgezogen. Wie soll der Umgang westlicher Regierungen mit Afghanistan nun aussehen? Könnte es wieder ein Hort für Terroristen werden, die auch in Europa Anschläge verüben?**

„Die“ Taliban, das gebe es gar nicht, betont Hassan Abbas. Der Professor der National Defense University in Washington spricht von „fünf bis sechs verschiedenen Gruppen“

## IFFSE Study on Pandemic Hate

---

Publication: NWZ Online  
Date: 4 November 2021  
Reach: N. A.



[https://www.nwzonline.de/plus-oldenburg-stadt/oldenburg-corona-die-menschen-suchen-einen-schuldigen\\_a\\_51,4,1094503104.html](https://www.nwzonline.de/plus-oldenburg-stadt/oldenburg-corona-die-menschen-suchen-einen-schuldigen_a_51,4,1094503104.html)

NWZONLINE.DE - REGION - STADT OLDENBURG -

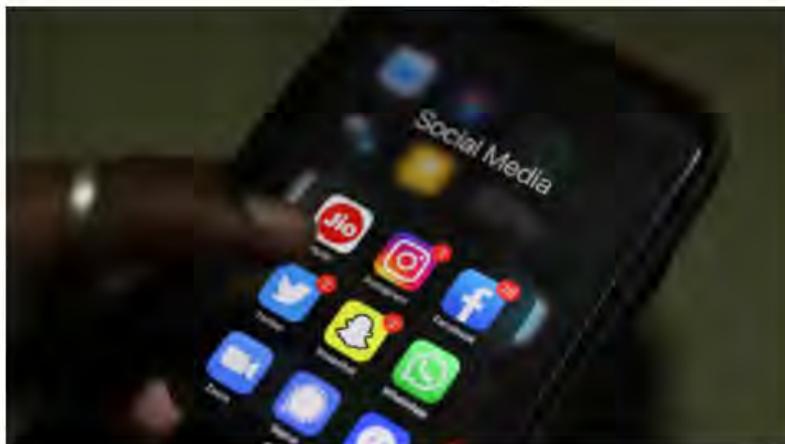
SEIT BEGINN DER PANDEMIE: RASSISTISCHE THEORIEN STÄRKER IN SOZIALEN MEDIEN VERBREITET

29.10.2021

**PLUS** SEIT BEGINN DER PANDEMIE

## Rassistische Theorien stärker in Sozialen Medien verbreitet

von Julia Ditmann



In sozialen Netzwerken und Messengerdiensten verbreiten sich rassistische Theorien schnell.  
Bild: dpa/Tr. Loganathan

Antisemitismus und Islamophobie im Netz haben sich während der Pandemie verstärkt – das sagt eine Untersuchung von IFFSE. Die Erfahrungen in den Gemeinden vor Ort fallen unterschiedlich aus.

For more information, please contact:

Gady Gronich

CEO & Chief of Staff to the President of Conference of European Rabbis Foundation

Frieda Street 3181479 Munich | Germany

Phone: + 49 89 4800 79061 Fax: + 49 89 4800 79091 Mobile: + 49 177 7164945

[ggronich@rabbiscer.org](mailto:ggronich@rabbiscer.org) | [www.iffse.eu](http://www.iffse.eu)